

Zu den Chancen eines zivilen Alltags in Ostdeutschland

Haenel, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haenel, M. (1991). Zu den Chancen eines zivilen Alltags in Ostdeutschland. *Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, 30(3), 58-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-461901>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Michael Hänel

Zu den Chancen eines zivilen Alltags in Ostdeutschland

„Wo ist der neue König?“

Die aus Osteuropa erwartete Migration (im August 1990 konnten sich 33 Prozent der befragten Russen eine zeitweilige Arbeit im Westen vorstellen¹) wird den ostdeutschen Raum und seine Bewohner mit entscheidenden Fragen sozialer Koordination konfrontieren. Nicht erst die Überfälle auf Asylantenunterkünfte in Leisnig (Sachsen), Geisa (Thüringen) und Klötze (Sachsen-Anhalt) dürften den Blick für das keineswegs leutselige Ostdeutschland geschärft haben. Die Suche nach den Gründen der „Ausländerfeindlichkeit“ bewegte sich bislang innerhalb des revolutionsmythischen Rahmens. Einzig die ZEIT erahnt, daß die Täter eben nicht pflegeleicht dem „rechtsradikalen Lager“ zugeschlagen werden können, sondern bei den „Kindern der netten Leute dieses Städtchens“ zu suchen sind. Und dabei sollte doch alles besser werden. Jedoch vertraute bereits am 13. Juni 1849 Karl August Varnhagen von Ense seinem Tagebuch an, daß die Leute immer so täten, „als ob eine Revolution das goldene Zeitalter herbeiführen müßte oder könnte.“

Es dürfte nach 1990 müßig sein darüber nachzusinnen, wer nun wessen Revolution zu fressen hat. Mann/Frau hätte es ja fast glauben können: Nach dem allgewaltigen Staat könne nur das Entzücken folgen. Jetzt macht ein Schlagwort die Runde: der Osten wird kolonialisiert; erst der neue Osten Deutschlands, dann der Europas. Lebenstüchtige Westmanager ziehen angeblich die „Ossies“ über den Tisch der sozialen Wirtschaftsordnung und blasen der vermeintlich funktionierenden Sozialordnung der verblichenen DDR das Leben aus. Die ZEIT hat den „Besitzer“ entdeckt und gleich die Analyse dessen männlicher, kreativer und arbeitnehmerfreundlicher Physiognomie mitgeliefert. Solche und ähnliche Szenarien haben schon heute Hochkonjunktur; wenn erst einmal der deutsche Spitzenwert von 30 Prozent Arbeitslosen (1932 zuletzt) übertroffen ist, wird wohl der Ruf nach dem reinigenden „Wirtschaftsaufschwung“ erst recht ertönen. Finanzminister Waigel rechnet mit dem Aufschwung schon 1992, während Ministerpräsident Biedenkopf, fürwahr kein Pessimist, mit 40 Prozent Arbeitslosen umgeht und 1995 die Krise überwunden haben will.²

Wenn auch in den letzten Jahren mitunter wiederholt über die vergangenen Staatsstrukturen, über Anpassung und Widerstand, die Schuld der Intellektuellen und andere Mysterien nachgedacht wurde: Die gewachsenen sozialen Koordinaten des heimgesuchten Volkes standen nie zur Kritik — allenfalls zum Bedauern (übrigens ein Umstand, den die Veränderung in der DDR mit den Resten der Perestrojka gemeinsam hat). Zur selben Zeit wundert manchen Besucher, und nicht wenige politische Flüchtlinge bekommen sie körperlich vorgeführt, die spürbare alltägliche Engstirnigkeit, wo doch die Ex-DDRler so solidarisch zueinander gewesen sein sollen. Wenn der diktatorische Charakter des DDR-Staates zurecht betont wurde, so liegt es offenbar nahe, die unfreiwilligen Bewohner dieses Staates als Opfer zu kennzeichnen, die sich scharf von den Agenten des Systems scheiden ließen. Günter Gaus hievt dafür seine Gesprächspartner auf die Dichotomie Anpassung oder Widerstand. Man sollte aber wenigstens mit Boris Pasternak zu bedenken geben dürfen, daß sich nur in schlechten Büchern die Akteure in genau zwei Lager teilen — und welche Revolution ist schon ein schlechtes Buch?

Viel aufregender scheint die Frage: Was passiert mit einem weiterhin sozial bestätigten autoritären Alltag, wenn ihm ein Gesetzesstaat hinzugefügt wird?

Die Ideologien des Jahres 1990 und die Austrommung des alten Staates im erstürmten Gebiet haben Spuren verwischt. Kulthandlungen beliebten den Alltag im realsozialistischen: der Mauerdurchbruch, die DMarkscheine, die Deutsche Fahne, die Deutsche Mannschaft, der Deutsche Kanzler füllten nur bereitstehende nationale Räume aus, die früher in Südsachsen oder Thüringen verschämt vom Abzeichen des Bayern München oder der Tüte mit der HB repräsentiert wurden. Eine autoritätspsychologische Untersuchung derer, die die Zugbrücke zum bröckelnden Schloß herabgelassen hatten — analog jener Erich Fromms aus dem Jahre 1931 — steht noch aus. Nicht erst die inzwischen abgeschlossene Neuetablierung des über Ressourcen verfügenden Teils der alten Staatsmacht läßt die Interpretationsperspektiven einer Revolution in den Hintergrund treten. Auch der Anstifter der ersten, innovativen Phase der Umgestaltung (vielleicht bis zum 6. Dezember 1989) ließe sich schwer ermitteln — das Volk war es nicht: Allein die Mehrheit der Jugendlichen außerhalb der Metropolen verhielt sich in abwartender Zustimmung oder im Zweifel über den eingeleiteten Wandel.³

Daß der Niedergang der Staatsgrenzen an Elbe und Spree nicht einmal den „Weg ins Wirtschaftswunderland“ (einer der lautesten Hilferufe beim Auftritt Kanzler Kohls am 14. März 1990 in Leipzig) deutlicher werden ließ, wird nicht erst von den Historikern des großen Umschwunges vermerkt werden.

Die Hoffenden selbst werden mit immer neuen Stichtagen des „wirtschaftlichen Aufschwunges“ bei Stimmung gehalten. Der in der Schweiz herausgegebene Prognos-Report „Entwicklungspotentiale im Osten. Standorte und Märkte“ rechnet ab 1994 mit Wachstumsraten im ostdeutschen Teil von über 4 Prozent.

Wer die wirtschaftliche „Genesung“ Ostdeutschlands skeptisch betrachtet, wird schnell als Spielverderber eingestuft, als Nebelwerfer, Kulissenschieber und zynischer Hoffnungs-

zerstörer ins Abseits gestellt. Sich dennoch darauf einzulassen, heißt die winzigen Signale wahrzunehmen, auch auf die Gefahr hin Schreckgespenstern nachzulaufen. Der Archäologe muß sich wieder einmal auf repräsentative Statistiken beziehen, ohne deren manipulativen Verschleierungen gänzlich entgehen zu können.

„Man sagte mir, daß die Privilegierten und das Volk zwei Nationen bildeten.“

Gerade die Verweigerung des beruflichen wie auch privaten Alltags in Ostdeutschland gegen eine bloße Glasur westlicher Prägung führt die keineswegs neue Vorstellung ad absurdum, das Gesamtsystem sei noch wirtschaftlich zu steuern. Unabhängig von der Suggestion, Wirtschaftswachstum würde eine hinreichende Bedingung für demokratische Lebenswelten oder gar kulturell ökologischen Neuaufbau bilden. Vielmehr erzeugt schon jeder achtlos hingeworfene Satz über die wirtschaftliche Rettung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland⁴ deren erprobte und sozial bestätigte Widerstandshandlungen sozialer Passivität⁵, alles Neue als Bedrohung abzuwehren: jegliche Bildung, berufliches Engagement, sozial-liberale Forderungen, nichtpopulistische Kulturen, nichtproletarische Lebensweisen, nichtproletarische Verkehrsverhältnisse, gewaltfreier ziviler Ungehorsam außerhalb der reproduzierten Sicherheit und Ordnung.

Wer so argumentiert, gerät schnell in den Verdacht, die Anpassungsfähigkeit der östlichen Bevölkerung zu ignorieren. Der Stellungswechsel in die neue Wohlstandsgesellschaft werde zum Erlernen der westlich-bewährten Handlungsmuster utilitaristischen Verhaltens führen. Vorausgesetzt, eine Gleichberechtigung der Lebensweisen wäre gewahrt; die Einverleibung der DDR erfordert jedoch nur die „Hülle des Verhaltens“ gegen das Imponiergehabe der neuen Amtsmänner. Denn ein ungeschriebenes Gesetz des Kyros läßt die Lydier nur in untergeordneten Stellungen neue soziale Koordinaten finden.⁶

Dabei ist der Schrei, nun auch von der neuen Macht betrogen worden zu sein, heuchlerisch. Die platte Sehnsucht nach den westlichen Schaufenstern hat sich schnell blamiert, vielmehr sollte denunziert werden, daß dieser Weg der Einsargung der DDR mit Gewalt gegen jede konkurrierende Position vollzogen wurde.

Die von Franz L. Neumann 1936 für den totalitären Staat beschriebenen grundlegenden Organisationsbeziehungen⁷ erlangten während der Transformation Osteuropas eine merkwürdige Brisanz: Die vollständige *Atomisierung* der Gesellschaften der DDR verhinderte die Interessenrepräsentanz von Gruppen, Verbänden und Parteien; die *Totalität* der Kontrolle aller Privatangelegenheiten war sowohl den staatlichen Gewalten als einer eigenwilligen „Volkskontrolle“, Massendenunziationen und Beistand bei der Sammlung kompromittierenden Materials, geschuldet, die die stark auseinandergehaltenen gesellschaftlichen Gruppen untereinander eingingen; die ständische *Differenzierung* der Gesellschaft bewirkte die Aushebelung selbst der formellen Gleichheit vor dem Gesetz: für mächtige Eliten, die Insassen der geschlossenen Gesellschaften sowie sozial ausgegrenzte Gruppen galten nicht die gleichen Gesetze — man bedenke nur die Reiseregelungen. Eine „Privilegierung“ der Kopfarbeiter als ähnliche Koordinate sozialer Lage gegenüber der

„handarbeitenden Bevölkerung“, wie von Jens Reich beschrieben, erscheint kaum einsichtig; erst recht nicht, wenn dieses Phänomen auch noch eine Gruppenschuld erweisen soll.⁸ Wenige spießige Privilegien hatten sich vielleicht einige Hochschullehrer, Hochschulbürokraten oder deren politische Pendanten erobert: die jüngere akademische Intelligenz war ständig Legitimationszwängen ausgesetzt, sah sich anhaltend von der Denunziation als „arbeitsscheu“, „asozial“ oder „parasitär“ bedroht.⁹

Genauer gesagt erfuhr eine DDR-typische Lebensweise der strikten Trennung von Erwerbs- und Freizeit eine Monopolstellung öffentlicher Anerkennung. Allein die werktätige Beschäftigung galt als wertvoll und durfte auf die öffentliche Belohnung hoffen: Das war die wirkliche Diktatur des Proletariats. Es war „ein ungeheurer Kodex von politischen Maximen und gesellschaftlichen Anstandsregeln“ gefragt, der die autoritäre DDR-Gesellschaft zusammenhielt: Wer tagsüber zu Hause arbeitete, war verdächtig. Ein „sultanischer Despot“ war eigentlich entbehrlich, und es grenzt an ein Wunder, daß die DDR keine rumänische Variante realisierte. Kennzeichnender Ausdruck der mit dem Ende der DDR einsetzenden Krise des proletarischen Wertebezugs sind die Modernisierungsblockaden jüngerer Industriearbeiter, wie sie in der Mentalitätsstudie von Kern, Land u.a. ermittelt wurden.¹⁰ Die gegenwärtige Ersetzung vormaliger sozialpartnerschaftlicher Pakte durch die Etablierung einer rigiden tayloristischen Strategie bergen nach Voskamp/Wittke und Kern die Gefahr der Metamorphose bisheriger Modernisierungsblockaden zu Zerstörungskräften noch vorhandener Entwicklungspotentiale in der ehemaligen DDR. Neben der in der Literatur bereits ausführlich behandelten Umwandlung der DDR in eine aus sich heraus kaum entwicklungsfähige Industrieregion¹¹ und der massenhaften Abwanderung innovationsbereiter Arbeitskräfte untergräbt dieser Neutaylorismus zweifelsohne die Anwartschaften gewerkschaftlicher Umverteilungsvorhaben.

Darüber hinaus muß bedacht werden, daß die am Arbeitsergebnis praktisch uninteressierte Arbeitsmotivation — eine in der DDR monopolisierte Lebensweise — durch die Massenarbeitslosigkeit nach 1990 unkritisiert geblieben ist. Als Moment des weiter existierenden realsozialistischen Alltags stellt sie eine Gefahr für die Artikulationsfähigkeit ziviler Rechte in Ostdeutschland dar: infolge der sozial bestätigten Xenophobie. Davon abweichende Freizeit- bzw. Arbeitsmotivationen waren und sind utilitaristisch, sozial oder ideologisch ausgrenzbar. Der Fremde wird nicht so sehr wie das Fremde bekämpft. Wer in der unsäglichen Diskussion über den Fleiß der Arbeitnehmer in Ostdeutschland behauptet, dort sei „mit allen Kräften“ gearbeitet worden, handelt verantwortungslos; er beraubt das zarte Pflänzchen der liberalen Kritik am bisherigen Alltag in der DDR der Grundlage.¹² Vor 1989 wurde der beschriebenen monopolisierten Lebensweise vielfach als entscheidenden Vorteil zugeordnet, daß damit die Möglichkeit der Teilnahme an der wertschöpfenden Schattenwirtschaft und/oder an der Korruption von ressourcenverwaltenden Behörden zumindest nicht behindert wurde. Besonders Ende der achtziger Jahre setzte nach der allmählichen Entleerung der letzten proletarischen Gruppennormen wie Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ordnung oder Sparsamkeit eine fast vollständige Entwertung rechtschaffener Arbeit

ein. Integrative Identitätsbildung wurde bereits vor 1989 nicht über den tagtäglichen Akt sinnvoller oder sinnloser Arbeit, sondern über wechselnde nationale oder suggestive Symbole bewerkstelligt. Die vielfach bestätigte Erfahrung der finanziellen Bedeutungslosigkeit rechtschaffender Arbeit, der Korruptierbarkeit von Verwaltungen, der Durchsetzbarkeit der Mehrheitsrechte mittels Gewalt wie auch der sozialen Integration durch Unterordnung unter autoritäre Gruppennormen hat in den Forderungen der Mehrheit der DDR-Bevölkerung nach der schnellen, repräsentativdemokratischen Souveränitätsabgabe im Jahre 1990 ihren Ausdruck gefunden. Jede berufsqualifizierende Bildung¹³, jedes politische Alltagsziel war damit als nutzlos entwürdigt: „Streber“ lautet der Denunziationsbegriff, der keinen Platz in der Hitliste der sprachlichen Selbstzerstörung der ostdeutschen Gesellschaft eingeübt hat. Das Mangelprodukt war vielfach nicht als Statussymbol (dafür war der Trabant viel zu lächerlich) der letzte Wunsch; vielmehr konnte der darüber verfügende als „cleverer“ Organisator in der festgefügt Gruppe Anerkennung erlangen, was ihm nicht zuletzt den Weg zu anderen Mangelwaren öffnete.

Nach dem Verlust dieser Scheinäquivalente würde der Gang zur Umschulung hingegen einen psychisch bisher völlig unbekanntem Selbstzweifelprozeß auslösen, dessen spürbare Alltagsbilder bisher nur in verbreiteter Depression, Hoffnungslosigkeit und widerspruchloser Unterordnung unter jeglichen Herrschaftsanspruch wahrnehmbar sind (vgl. dazu die Studie von H.J. Maaz zum „Gefühlsstau“ in der DDR 1990). Die agonale Bereitschaft zur Erhaltung der dominanten proletarischen Lebensweise, während der ersten Hälfte des Jahres 1990 vorgetragen (beispielhaft steht hier der Sturm der Leipziger Universität durch DSU-Anhänger am 14.3.1990¹⁴ während der Wahlkampfede von Helmut Kohl in Leipzig), ist offensichtlich einer gruppenübergreifenden Orientierungssuche nach neuen sozialen Koordinaten gewichen. Ausdruck fand diese Veränderung in der Auferstehung klassenkämpferischer Forderungen auf der IG Metall-Montagsdemonstration am 11. März. Wenn diese Wahrnehmung zutrifft, könnte auch ein Versanden der gegenseitigen Machtbereitschaft innerhalb der ostdeutschen Arbeitnehmerschaft erfolgen, was einen Anschluß an moderne Produktions- und Kommunikationsformen erst ermöglichen würde. Während in der DDR kleinste Vorteile bei der Verfügung über Informationen, Produktbeschaffungswege oder Verwaltungsentscheidungskompetenzen sofort monopolisiert wurden und ihren Ausdruck in sich zementierenden Machtpyramiden fanden, war Teamarbeit und innovative Solidarität damit praktisch ausgeschlossen.

Wenn das neue, westliche Management zum Mittel der Kolonialisierung greift, liegt dies nicht allein am rechtsfreien Raum in Ostdeutschland. Es ist nicht zuletzt die Reaktion auf die Trotzhaltung des bisher unkritisierten Arbeitsalltags mit seinem attestierten Desinteresse an der Arbeit der Kollegen. Die Gewerkschaften dürften in ihrer Substanz in Ostdeutschland gefährdet sein, wenn diese Ungleichheit nicht durch solidaritätsstiftende Symbole tragbar ist. Die abstrakte Solidarität der „Anti-Kohl“-Demonstrationen vom Frühjahr 1991 verwischt nur die Ignoranz der Arbeitnehmer untereinander und beläßt den Alltag außerhalb der Kritik.

Was bleibt ist die Feststellung, daß nur der vollständige Zusammenbruch des realsozialistischen Alltags überhaupt die Möglichkeit eines Aufbaues von toleranten, wenn nicht gar demokratischen Umgangsformen erhält. Die Würde des Menschen als Gut ist in Ostdeutschland erst zu erkämpfen. Sie ist mit dem bloßen, staatlichen Machtwechsel nicht in den Schoß gefallen, und ihre weitere Verhinderung könnte autoritäre Identitätssuchen auslösen, die für Deutschland und Europa zur Gefahr zivilgesellschaftlicher Ordnungen werden könnten.¹⁵ Mit dem Ende des Revolutionsmythos könnte dann endlich das Verschwinden des autoritären Proletariats als Rudiment der „alten Moderne“ in Ostdeutschland gefeiert werden. Geschieht das nicht, werden die Überfälle auf neu errichtete Asylantenunterkünfte weiter nur wiedergeben, was hier seit Jahren an der Tagesordnung steht: die Toleranz männlicher Industriearbeiter in Ostdeutschland gegenüber der gewaltsamen Verfolgung sämtlicher Angriffe auf die vorherrschende Lebensweise — die rechtsradikale Szene erweist sich als verkappter Erfüllungsgehilfe.

Die russische Intelligenzija hat sich im Unterschied zur deutschen (sieht man einmal vom konsequenten Emigranten Heine ab) nie Illusionen über die Macht des Biedermanns gemacht, sondern stets den Zusammenhang der zerstörerischen Selbstbestätigung im Alltag und der Fortexistenz stalinistischer Strukturen aufgezeigt.¹⁶

„Dürft' ich wohl so frei sein, frei zu sein?“

Lösungsangebote eines geregelter Auswegs aus den Krisen in Ostdeutschland und Osteuropa werden verbreitet mit dem Aufbau von Rechtsstaaten in Verbindung gebracht. Für den rudimentär beschriebenen Alltag in Ostdeutschland hieße das, auf eine gesetzstaatliche und polizeiliche Lösung zu setzen, die tagtägliches Erleben und Wertfühlen zunächst nicht erfordere und nicht befördern müßte.

Die Forderung nach der Gleichheit vor dem Gesetz findet sich sowohl im „Offenen Problemkatalog“ des Neuen Forum vom Oktober 1989, in der Regierungserklärung von de Maizière vom April 1990 und im Grundsatzprogramm des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf vom November 1990. Wurde zunächst in den Manifesten vom September/Oktober 1989 die Forderung nach der Kontrolle des Bürokraten und des Bürgers durch den Gesetzesstaat (der „mündigen Bürger“ fällt unter das Gesetz) favorisiert¹⁷, so erschien schon bei de Maizière die Umgestaltung des Rechtswesens nach rechtsstaatlichen Grundsätzen als juristisches Problem. Das Widerstandsrecht des Bürgers, von de Maizière nicht erwähnt, trat bei Biedenkopf in Gestalt gesetzlich geschützter Meinungsfreiheit auf. Biedenkopf versäumte jedoch nicht auf Artikel 28 GG hinzuweisen, wonach das Gemeinwesen die Vermeidung von Armut mittels des sozialen Rechtsstaates zu gewährleisten habe.¹⁸

Nun liegt es nahe, bei Gefahr einer anomischen Gesellschaft in Ostdeutschland und Rußland, die rettende Hand des Volkes im Gesetz zu suchen. Dazu müßte die Forderung nach der Einsetzung des Grundgesetzes nicht erst zum 1.1.1992 in Ostdeutschland an erster Stelle stehen. Bisher gilt in diesen Ländern nur ein verkürztes Verfassungsgesetz, welches in der

Öffentlichkeit eine uneingeschränkte Forderung nach Staatsräson laut werden läßt. Ziele und Wege zur Überwindung des Alten als Staatsform schienen damit gefunden, Ausnahmen und Gefahren wider die Vernunft.

So haben sich folgende Thesen in die Diskussion eingeschlichen und scheinen ungefragte Autorität zu genießen: Die verschiedenen Umwälzungen am Ende der europäischen Staatssozialismen haben in ihrer deutschen Variante die sozialpsychologischen Gemeinsamkeiten osteuropäischer Physiognomie verwischt. Deutschland-Ost ist mit seinem Beitritt zur EG aus dem osteuropäischen Bestand ausgebrochen. Die Auflösung der DDR ins bisher unvollständig gültige Rechtsgefüge der Bundesrepublik hat die Bewohner Ostdeutschlands zu Anteilseignern westeuropäischer Kultur gemacht. Der sicher kommende wirtschaftliche Aufschwung wird praktisch die kulturellen Koordinaten des Alltags in Ostdeutschland in Richtung eines nachholenden sozialen Rechtsstaates verschieben. Der neue Rechtsstaat ist in der Lage, die Verfassungsgrundsätze staatlich „durchzusetzen“, d. h. die Bürger sind auf ewig vor Unrechtsakten geschützt. Die befreiten Bewohner Ostdeutschlands erstreben die größtmöglichen Bürgerrechte zur Auffüllung der demokratischen Grundordnung und haben allen Mechanismen des autoritären Staates abgeschworen.

In diesem Zusammenhang dürfen indes zwei Episoden der neueren politischen Ideengeschichte nicht vergessen werden. Während der Entscheidungsphase der Perestrojka in der UdSSR 1987/88 sollte kurzzeitig eine (sozialistische) Rechtsstaatsidee gegen die Willkür der Bürokratie gesetzt werden: „Das wichtigste Charakteristikum des Rechtsstaates besteht kurz gesagt darin, daß die Herrschaft des Gesetzes in der Praxis gewährleistet wird. Kein Staatsorgan, kein Funktionär, kein Kollektiv, keine Partei — oder gesellschaftliche Organisation, niemand ist der Pflicht enthoben, sich dem Gesetz unterzuordnen.“¹⁹ Gorbatschows Argumentation ähnelte interessanterweise den Ausführungen N. M. Murav'evs, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen Verfassungsentwurf für eine russische konstitutionelle Demokratie vorgelegt hatte: „Die Staatsbürgerschaft (grazdanstvo) ist das Recht, an der Leitung der Gesellschaft gemäß der in diesem Statut bestimmten Ordnung teilzunehmen, mittelbar, d.h. Beamte oder deren Wahlmänner zu wählen, oder unmittelbar, d.h. in ein beliebiges öffentliches Amt gewählt zu werden, sei es in der Legislative, Exekutive oder Judikative.“²⁰ Für Murav'ev folgte daraus, und darin wäre er sich sicher mit dem Reformkommunismus einig, daß die Regierung die „gemeinsame Tat“ zur Wohlfahrt aller zu organisieren, das Volk hingegen zu gehorchen habe.

Die jetzt einsetzende Forschung zu den „Phasen“ der Perestrojka wird möglicherweise den programmatischen Gehalt dieser obrigkeitsstaatlichen Einbürgerung rechtstaatlicher Prinzipien zutage fördern: der Wagenlenker, der König aus Francis Bacon „Nova Atlantis“, bleibt als symbolischer Gesetzesherrscher im Hintergrund. Die Selbstentmachtung des Volksdeputiertenkongresses vom Frühjahr 1989 war dabei offenbar nur die logische Konsequenz. Ab 1988 bereits sollte gelten „Erlaubt ist, was nicht durch Gesetz verboten ist“.²¹ Der politische Bürger des differenzierten zivilen Ungehorsams — die Quelle der russischen Emanzipationstheorie seit Herzen — war per Gesetz verbotbar. Breznev mußte da-

für noch offensichtlich Menschenrechte verletzen. Wo die Rechtsstaatsidee liberal gegen herrschende Autokratien gewendet wurde — ob im protestantisch geprägten Liberalismus oder im staatszentrierten Marxismus — tauchte das Problem der Rolle des Individuums im Weltenplan und die Frage nach der Normativität rechtsstaatlicher Prinzipien wieder auf.²²

Die Staatsmacht Gorbatschows gegen eine Minderheit etwa in Litauen oder Armenien war während der Gorbimanie des Westens nachvollziehbarer als etwa die fremd scheinenden Vorschläge russischer Demokratieformen Solzenicyns.²³ Die Hoffnung auf das ganz neu Einzurichtende beherrschte die Gorbimanie. Dahinter steht die seit Jahrhunderten kultivierte Erfahrung, daß Rußland als vermeintlicher Hort der Barbarei (wie seit Leibniz in der Philosophie oder wie von Rolf Henrich wiedererweckt und in der DDR im „vormund-schaftlichen Staat“ bejubelt oder wie im FAZ-Feuilleton von Ernst Nolte vorgetragen) für alle aufklärenden Instanzen offen stehe.

Die offensichtliche Crux Gorbatschows marxistisch überformter Rechtsstaatsidee altliberaler Ausführung, d.h. der einzelne Fall wurde aus der allgemeinen Norm beurteilt, war die Ausrichtung auf den Zentralstaat und die Einsetzung einer Verwaltungsbürokratie als letztlich einzig gesetzgebender Institution. An dieser Antinomie scheiterte der Einbürgerungsversuch sozialer Sicherung (gegen Armut) im Staat und der Rückzug Gorbatschows auf die Nomenklatura. Der realsozialistische Alltag hatte sich erfolgreich gegen den Gesetzesstaat zur Wehr gesetzt. Der soziale Appell nach Solidarität in der Wirtschaft oder gar nach der würdigen Erhaltung des Partners im Straßenverkehrs macht sich als volkspädagogische Zutat lächerlich.²⁴

Das zweite Exportgut des Westens für den Osten war die Übernahme des parteienstaatlichen Parlamentarismus.²⁵ Es erstaunt wohl, daß es in Ostdeutschland noch nicht zu einer ausgesprochenen Hans Kelsen-Feier²⁶ gekommen ist. Dieser war bezüglich seines Vortrages über Demokratie auf dem fünften Deutschen Soziologentag 1926 in Wien recht deutlich von jüdisch-russischen Kulturphilosophen David Koigen bedrängt worden: „ob es sich lediglich um die Demokratie im Dienste des Staates“, oder wie bei Tönnies „um die soziale Technik derselben im Staate handle.“²⁷ Koigen wollte vielmehr die „Aufmerksamkeit ... auf das Volk als Quelle und Subjekt der Demokratie lenken.“ Volkssouveränität sei „zugleich die Betätigungsart der Demokratie.“ Dabei hatte Koigen nicht die sporadisch-spontane Willenskraft des Volkes etwa bei Wahlen vor Augen, sondern die „permanente aktuelle Volkssouveränität“ und die Demokratie als deren Organ und Funktion. Die bloße Auswechselbarkeit von Herrschern und Beherrschten, wie sie Kelsen im Parlamentarismus verwirklicht sah, zeige noch lange nicht die Wesensgestalt der Demokratie.

Nicht die ethnographisch oder kulturhistorisch bestimmte Volkszugehörigkeit sei der Untersuchungsgegenstand der „Lehre vom Volk“, sondern es werde schlechthin die „demokratische Betätigungsart“ im Alltag gesucht, die im Zuge der „primären Wendung zur Humanität in Sitte, Recht, Kunst, Mythos und Wirtschaft“ zur Quelle und Inhalt der Demokratie gereiche: „In der Mannigfaltigkeit der menschlichen Bezugsverhältnisse und Verhaltensformen kämpft die Demokratie für Autonomie und Geltung. Als *Geltungsprinzip*

sucht sie die Gesittung autonomer Wesen und Leistungen in Schutz zu nehmen, sie müht sich, ... dem ‚Menschen im Bürger‘ zum Siege zu verhelfen. Gemäß ihrem *Standpunkt* tritt sie den Nebenmenschen und ihren Institutionen mit der Forderung sittlicher Verpflichtung entgegen. Sie zwingt die Umwelt zu sittlich-geistiger Auseinandersetzung. Als Verfechterin der Autonomie und Geltung kämpft sie zugleich *gegen die eigene Omnipotenz*.²⁸

Dabei müsse zur richtigen Einschätzung der „Rolle der Demokratie im gesamten Vorgang der Kultur bedacht werden, daß die Demokratie bereits eine vielgestaltige Sozial- und Wirtschaftsordnung vorfinde, mit der sie sich keineswegs deckt, wenngleich jene auch als demokratisch bezeichnet werde. Der Staat sei der Demokratie v.a. ein Garant und eine „notgedrungene Existenzbedingung der auf die allgemein rechtmäßige Geltung hinzielenden Sozialordnung.“ Die Demokratie der völligen „Einstaatlischung“ sei die Entmenschlichung; wovon die kriegs-kommunistische Staatswirtschaft künde. Auch widerspreche die einmalige Bestellung der Regierung durch einen einmaligen Souveränitätsakt dem Geist der Demokratie; vielmehr sollen „die Volksrechte und Freiheiten ... gemäß der neugearteten Sozial- und Wirtschaftsverfassung zur Auswirkung gelangen.“ Es gehe um den Staatsakt in Permanenz, der die Pluralität des Parlamentssystems durch neu zu schaffende Fachparlamente sichere.²⁹ Eine Diskussion zu diesen Thesen Koigens fand bisher nicht statt. Kelsen erachtete sie als „etwas kompliziert.“

Den Staatsbürger als erhabenes Ziel antistaatssozialistischer Revolutionen nach Ostdeutschland und Osteuropa zu kopieren, hat wieder ein westliches Erlösungsprogramm in Gang setzen. Es ist zweifelhaft, ob die russischen Symbole des Dissens ihm produktiv widerstehen können, wie die zarten Rufe nach Selbstregierung vom Herbst 1989 aus der Welt geschafft wurden. Für die Fremdenfeindlichkeit des Alltags wäre wieder niemand zuständig.

In Ostdeutschland könnte jedoch die rücksichtslose Konfrontation mit der Migration die Eindrücke der Deutschen über die Russen verdrängen, die Dostojewski schon 1861 beschrieben hatte: „Eine Art krankhaftes Mißtrauen, eine Art Furcht, sich mit dem abzufinden, was so ganz anders ist um ihn herum, das völlige Unvermögen einzusehen, daß ein Russe nicht gänzlich zum Deutschen werden kann.“

¹ Moskovskie novosti, Moskva Nr. 34, 1990, S. 9

² vgl. Süddeutsche Zeitung, München v. 7.3.1991, S. 29; Leipziger Volkszeitung, Leipzig v. 6.3.1991, S. 3.

³ R. Schörken: Zur Ausgangslage der politischen Bildung in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. v. 22.2.1991, S. 38f.

⁴ vgl. die Zwischenrufe auf die Bundestagsrede von Wolfgang Thierse vom 2.2.1991. In: Frankfurter Rundschau, 7.2.1991, S. 21.

⁵ vgl. die Studie von R. Land/H. Kern u.a. zur Mentalität von Arbeitern und Arbeiterinnen in der ehemaligen DDR. Bisher In: Frankfurter Rundschau, Nr. 37, v. 13.2.1991, S. 16f.

⁶ Pitirim Sorokin ging davon aus, daß nur die, welche ihr altes soziales Ich wiedererlangen konnten, auch die „Seele“ der Sieger der Revolution erwerben könnten. In: P. Sorokin: Sociology of Revolution (1925), Soziologie der Revolution. München 1928, S. 254ff.

⁷ vgl. F. Neumann: Die Herrschaft des Gesetzes (1936). Übersetzt und mit einem Vorwort von Alfons Söllner. Frankfurt 1980, S. 354ff. Auch in der russischen Stalinismuskussion der Jahre 1987ff fand

- diese Typologie der Sache nach Eingang: *V. Kiselev*: Ob evoljucii modeli socializma. In: *Voprosy filosofii*, Moskva Nr. 10, 1989, S. 30f. Vgl. dazu auch eine der neueren Arbeiten von *A. Cipko*: *Osvobodit'sja ot illjuzij*. In: *Nedelja*, Moskva, Nr. 8, 1991, S. 5.
- ⁷ vgl. dazu *J. Reich*: *Wirtschaft und Politik im deutschen Einigungsprozeß*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. v. 22.2.1991, S. 32.
- ⁸ vgl. zu den Legitimationszwängen *J. Reich*: *Nachdem der Mantel der Geschichte uns ins Gesicht geweht wurde*. In: *Frankfurter Rundschau* 11.9.1990, S. 10.
- ⁹ Auf das Bündnis von Bürokratie und Teilen der Arbeiterschaft hatte Harry Meier bereits 1987 hingewiesen. In: *H. Meier*: *Innovation oder Stagnation*. Köln 1987, S. 60ff. vgl. neuerdings *H. Kern*: *Die Transformation der östlichen Industrien. Soziologische Reflexionen über die Ex-DDR*. In: *Frankfurter Hefte/Die neue Gesellschaft*. Nr. 2, 1991, S. 114-121; *H. Kern/R. Land*: *Der „Wasserkopf“ oben und die „Taugenichtse“ unten. Zur Mentalität von Arbeitern und Arbeiterinnen in der ehemaligen DDR*. In: *Frankfurter Rundschau*. 13.2.1991, S. 16f; *U. Voskamp/V. Wittke*: *Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen — zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatn der ehemaligen DDR*. In: *SOFI-Mitteilungen*. Nr. 18/1990, S. 12-30.
- ¹⁰ vgl. auch *V. Gaserow*: *Zweites Südtal im Osten Deutschlands?* In: *die tageszeitung* v. 14.2.1991, S. 3; *P. Kammerer*. *Es gibt nicht ‚das‘ westliche Modell*. In: *die tageszeitung* v. 13.3.1991, S. 26.
- ¹¹ vgl. die Beiträge von *Muhrmann, Gies, Steinkühler, Forck* und einiger Arbeitnehmer. In: *Neue Presse/Express*, Halle. 22.3.1991.
- ¹² vgl. *A. Wienand*: *„A wie Anfang“ — Werben um Bildungswillige*. In: *die tageszeitung* v. 16.3.1991, S. 36: „... warum soll ich nochmals die Schulbank drücken, ich hab doch schon genug gelernt“ drückt diesen Fakt im Berufsalltag Ostdeutschlands aus. Für Rußland hat *M. Machmutov* den gleichen Fakt auf dem 3. Europäischen Weiterbildungskongreß zum Ausdruck gebracht. In: *Handelsblatt, Düsseldorf/Frankfurt* 18.3.1991, S. 10.
- ¹³ vgl. *Die Leipziger Andere Zeitung*, Nr. 8 v. 22.3.1990, S. 3; *die tageszeitung* v. 16.3.1990, S. 1f.
- ¹⁴ vgl. dazu *C. Koch*: *Zwischen östlichen Staatsbedürfnis und westlicher Marktgesellschaft: Experimentierfeld Deutschland*. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*. München 1991, Nr. 2, S. 97-111. Zu ähnlichen Einschätzungen kommt *Z. Toscenko*: *Simptomij politiceskovo ljudoedstva*. In: *Nedelja*, Moskva Nr. 7, 1991, S. 4.
- ¹⁵ vgl. u. a. *A. Sacharow*: *Beunruhigende Zeiten* (1980). In: *A. Babjonyšew/L. Kopelew*: *Für Sacharow-Texte aus Rußland zum 60. Geburtstag am 21. Mai 1981*. München 1981, S. S. 32ff; *A. Sinjawschij*: *Der Traum vom neuen Menschen oder die Sowjetzivilisation* (1989). Frankfurt 1989, S. 211ff; *D.V. Ol'sanskij*: *Social'naja psihologija ‚intikov‘*. In: *Voprosy filosofii*, Nr. 8, Moskva 1989, S. 91ff.
- ¹⁶ vgl. dazu *A. Klein*: *Das Projekt der Zivilgesellschaft. Anmerkungen zur Renaissance der demokratischen Frage*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* Nr. 1, Marburg 1991, S. 71ff.
- ¹⁷ vgl. *Neues Forum. Offener Problemerkatalog. Wirtschaft und Ökologie*. (1.10.1989) In: Oktober 1989. *Wider den Schlaf der Vernunft*. Berlin 1989, S.41; *L. de Maizière*: *„Die Teilung kann nur durch Teilen aufgehoben werden.“* In: *Frankfurter Rundschau* v. 23.4.1990, S. 8; *K. Biedenkopf*: *Regierungserklärung vor dem Landtag des Freistaates Sachsen am 8.11.1990*. In: *Sächsische Staatskanzlei* (ed.): *Mitten in Europa. Der Freistaat Sachsen und seine Region*. Wiesbaden 1991, S. 60ff, 70ff.
- ¹⁸ Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf der XIX. Unionsparteikonferenz. 28. Juni 1988. Berlin 1988, S.65.
- ¹⁹ *N. Muravëv*: *Proekt konstitucii ... (1825)*. Übersetzt in: *W. Goerd*: *Russische Philosophie. Texte*. Freiburg/München 1989, S. 155.
- ²⁰ Entschließung „Über die Rechtsreform“. In: XIX. Unionsparteikonferenz der KPdSU. Berlin 1988.
- ²¹ Auch der Perestrojka-Idee in der UdSSR 1987-1988 lag die Vorstellung von der personen-unabhängigen, absoluten Macht des Gesetzes zugrunde. vgl. z. B. *I. Grjazin*: *Pravovoe gosudarstvo*. In: *Novyj mir*, Moskva 1989, Nr.4 — deutsch in: *Anatomie eines totalitären Systems. Publizistik aus der Sowjetunion 1987-1989*. Berlin 1990, S. 119 — 133; *M. Baglaj*: *Pravovoe gosudarstvo: ot idei k praktiki*. In: *Kommunist*, Moskva 1989, Nr. 6; *V. Zor'kin*: *Sovetskaja pravobaja doktrina: opyt i uroki*. In: *Kommunist*, Moskva 1989, Nr. 2; *V. Nersesjan*: *Pravovoe gosudarstvo: istorija i sovremennost'*. In: *Voprosy filosofii*, Moskva 1989, Nr.2.

- ²² vgl. *A. I. Solzenicyn: Kak nam obustroit' Rossiju*. In: Literaturnaja Gazeta, Nr. 38, 18.9.1990, S. 9;
- ²³ Es ist eben nicht ausgemacht, ob sich eine staatssozialistische Gesellschaft im Werden oder Untergehen nicht doch dauerhaft „gegen das Risiko einer kreativen Reaktivierung des Handlungspotentials einer autonomen civil society versichern kann“, wie Rödel u. a. vor 1989 noch annahmen. In: *U. Rödel/G. Frankenberg/H. Dubiel: Die demokratische Frage*. Frankfurt 1989, S. 99.
- ²⁴ vgl. für Rußland Interview mit *Aleksandr Janov*. In: *Ogonek*, Nr. 4, Moskva, 1991, S. 15-16.
- ²⁵ Hier sind v. a. die Arbeiten „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ 1 Tübingen 1920; 2 Tübingen 1929 und „Staatsform und Weltanschauung“ Tübingen 1933 gemeint.
- ²⁶ *D. Koigen*: Diskussion über ‚Demokratie‘. In: Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Verhandlungen des Fünften Deutschen Soziologentages vom 26. bis 29. September 1926 in Wien. Tübingen 1927, S. 78ff. Der Kulturphilosoph David Koigen (1879-1933) stammte aus der Ukraine und hatte von 1892 bis 1896 in Paris, Berlin, München, Zürich und Bern studiert. Nach der Promotion in Bern 1900 ging er als Privatgelehrter über München nach Berlin. 1913 reiste er nach Petersburg und wurde Redakteur des KD-Blattes „Den“. In den Jahren 1917/18 arbeitete er als Herausgeber des „Vestnik kul'tury i politiki“. Von 1918-1921 lehrte Koigen an der Kiewer Universität und kehrte danach nach Berlin zurück. Die letzten Lebensjahre verbrachte er in Hamburg. Eine Beziehung zur Philosophie Ernst Cassirers liegt nahe. Seine Flucht aus Rußland beschrieb er in: *Apokalyptische Reiter. Aufzeichnungen aus der jüngsten Geschichte* (Berlin 1925). Koigen trat während seiner Berliner Zeit v.a. mit der Schriften: *Ideen zur Philosophie der Kultur. Der Kulturakt* (1910) und *Kultur der Demokratie* (1912) hervor. Vgl. auch den Nachruf von F. Tönnies. In: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*. Jg. 12(1933/34), S. 104-106 und die biographische Skizze von *Ernst Hoffmann* In: *Das Haus Israel*. Aus den Schriften von *David Koigen*. Berlin 1934, S. 75ff.
- ²⁷ *D. Koigen*: Diskussion über Demokratie, a.a.O.
- ²⁸ vgl. dazu *D. Koigen*: *Die Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit*. Jena 1912, S. 149ff.